

OLG Celle - BGB § 1587g I, § 1587h Nr. 1; VAHRG § 3b I Nr. 1

(10. ZS - FamS -, Beschluß v. 28.8.2001 - 10 UF 152/00)

1. Der durch erweitertes Splitting im Rahmen des nach § 3b I Nr. 1 VAHRG maßgebenden Höchstbetrags durchgeführte öffentlich-rechtliche Teilausgleich einer Anwartschaft auf Betriebsrente ist in der Weise auf den späteren schuldrechtlichen Restausgleich anzurechnen, daß die nach § 1587g I BGB ermittelte Ausgleichsrente jeweils um den entsprechend der Steigerung des aktuellen Rentenwerts aktualisierten Wert des Teilausgleichsbetrags gekürzt wird; eine „Rückdynamisierung“ des Teilausgleichsbetrags ist nicht vorzunehmen (gegen BGH, FamRZ 2000, 89).

2. Zur Kürzung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente gemäß § 1587h Nr. 1 BGB im Hinblick auf die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der geschiedenen Ehegatten.

Gründe:

I.

Die ASt. und der AGg. schlossen am 25. 2. 1965 miteinander die Ehe. Auf den am 7. 5. 1993 zugestellten Antrag des AGg. wurde die Ehe durch Urteil des AmtsG H. v. 23. 2. 1994, rechtskräftig seit 12. 4. 1994, geschieden. Zugleich wurde der Versorgungsausgleich [VersAusgl] durchgeführt, indem im Wege des Splittings gesetzliche [ges.] Rentenanwartschaften i. H. von monatlich 656,38 DM und im Wege des erweiterten Splittings ges. Rentenanwartschaften i. H. von monatlich 74,20 DM, jeweils bezogen auf den 30. 4. 1993 als Ende der Ehezeit i. S. des § 1587 II BGB, vom Versicherungskonto des AGg. auf das Versicherungskonto der ASt. übertragen wurden. Das AmtsG ging dabei davon aus, daß die Eheleute in der Ehezeit i. S. des § 1587 II BGB, d. h. in der Zeit vom 1. 2. 1965 bis zum 30. 4. 1993, folgende Versorgungsanwartschaften erworben hatten:

AGg.:

Ges. Rentenversicherung [RV]	1.903,60 DM.
Betriebliche Altersversorgung (P. AG), umgewertet nach § 1587a III Nr. 2 BGB	861,10 DM.

	2.764,70 DM.

ASt.:

Ges. RV	590,84 DM.
Betriebliche Altersversorgung der Versorgungsanstalt der Stadt H., umgewertet	11,95 DM.

	602,79 DM.

Der Ausgleich wurde in der Weise vollzogen, daß zunächst i. H. der Hälfte der Differenz zwischen den beiderseits erworbenen ges. Rentenanwartschaften von monatlich $(1.903,60 \text{ DM} - 590,84 \text{ DM} = 1.312,76 \text{ DM} : 2 =) 656,38 \text{ DM}$ gemäß § 1587b I BGB Rentenanwartschaften der ges. RV vom Versicherungskonto des AGg. auf das Versicherungskonto der ASt. übertragen wurden und sodann die Hälfte der Differenz zwischen den weiteren Anwartschaften der Parteien von monatlich $(861,10 \text{ DM} - 11,95 \text{ DM} = 849,15 \text{ DM} : 2 =) 424,58 \text{ DM}$ im Wege des erweiterten Splittings (§ 3b I Nr. 1 VAHRG) durch Übertragung weiterer ges. Rentenanwartschaften ausgeglichen wurden, jedoch begrenzt auf den nach der vorgenannten Vorschrift maßgebenden Höchstbetrag von - hier - 74,20 DM. Hinsichtlich des verbleibenden Restausgleichs dynamischer Anwartschaften von $(424,58 \text{ DM} - 74,20 \text{ DM} =) 350,38 \text{ DM}$ wurde der ASt. der schuldrechtliche VersAusgl gemäß § 2 VAHRG vorbehalten.

Der AGg. erhält seit dem 1. 3. 1997 Vollrente wegen Alters aus der ges. RV und bezieht daneben seit dem gleichen Zeitpunkt ein betriebliches Altersruhegeld seines früheren Arbeitgebers, der P. AG. Die ASt. bezieht seit dem 1. 8. 1999 eine Vollrente wegen Alters aus der ges. RV sowie eine

Zusatzversorgungsrente von der Versorgungsanstalt der Stadt H. Mit einem am 7. 6. 1999 beim AmtsG eingegangenen Schreiben hat die ASt. die Durchführung des schuldrechtlichen VersAusgl beantragt. Mit Verfügung v. 22. 6. 1999 übersandte das AmtsG dem AGg. die Antragsschrift. Sie konnte ihm jedoch zunächst nicht zugestellt werden, da er unbekannt verzogen war. Nach Ermittlung seines neuen Wohnsitzes wurde ihm die Antragsschrift am 14. 7. 1999 an seine neue Anschrift übersandt. Sie ist ihm auch in den folgenden Tagen zugegangen. Mit

FamRZ 2002 - Seite 245

Schreiben v. 22. 10. 1999, beim AmtsG eingegangen am 27. 10. 1999, teilte die ASt. mit, sie ziehe ihren Antrag zurück. Am gleichen Tag bat sie das AmtsG telefonisch, das vorgenannte Schreiben „zunächst nicht zu beachten“. Mit Schreiben v. 2. 11. 1999, beim AmtsG eingegangen am 4. 11. 1999, bat sie, ihr Schreiben v. 22. 10. 1999 „als gegenstandslos zu betrachten“, und teilte mit, sie „bleibe bei ihrem Antrag auf schuldrechtlichen VersAusgl“; dieser möge „nach § 10a VAHRG“ durchgeführt werden.

Der AGg. hat „gemäß § 10a VAHRG“ beantragt, „den gesamten VersAusgl neu zu überprüfen“. Diesem Antrag ist die ASt. entgegengetreten.

Das AmtsG hat neue Auskünfte der Versorgungsträger eingeholt. In der mündlichen Verhandlung hat es die Parteien darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen des § 10a II VAHRG für eine Abänderung des öffentlich-rechtlichen VersAusgl nicht erfüllt seien. Daraufhin haben beide Parteien ihre Anträge auf Abänderung des öffentlich-rechtlichen VersAusgl zurückgenommen. Sie waren sich darin einig, daß der vom AGg. gezahlte monatliche Unterhalt von 1.050 DM auf einen eventuellen schuldrechtlichen VersAusgl anzurechnen sei.

Mit dem angefochtenen Beschluß v. 9. 5. 2000 hat das AmtsG der ASt. eine schuldrechtliche Ausgleichsrente von monatlich 1.298,35 DM ab Juni 1999 zugesprochen. Zur Begründung hat es ausgeführt, der ASt. stehe ein fälliger Anspruch auf Zahlung einer schuldrechtlichen Ausgleichsrente zu. Ausgleichspflichtig sei der Ehezeitanteil der Betriebsrente des AGg. von monatlich 2.843,88 DM. Hiervon stehe der ASt. die Hälfte zu, also monatlich 1.421,94 DM. Darauf sei jedoch der bereits öffentlich-rechtlich ausgeglichene Teilbetrag von monatlich 74,20 DM, zurückgerechnet in eine nichtdynamische Rente mit einem Wert von monatlich 123,59 DM, anzurechnen. Die Differenz von monatlich (1.421,94 DM - 123,59 DM =) 1.298,35 DM sei als schuldrechtliche Ausgleichsrente zu zahlen, und zwar rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Antragserteilung, d. h. ab 1. 6. 1999.

Dagegen hat der AGg. form- und fristgerecht Beschwerde eingelegt und beantragt, den schuldrechtlichen VersAusgl nach den ges. Vorschriften durchzuführen. Er wehrt sich zum einen gegen den Beginn der Ausgleichsrente. Zum anderen beanstandet er, daß das AmtsG auf Seiten der ASt. die Versorgungsrente aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes unberücksichtigt gelassen hat. Ferner macht er geltend, durch die Einbeziehung des Bruttobetrages der Betriebsrente werde der Halbteilungsgrundsatz verletzt.

Die ASt. tritt einer Hinausschiebung des Beginns der Ausgleichsrente auf den 1. 8. 1999 (Beginn des Bezugs ihrer Rente) und der Einbeziehung ihrer Rente aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes in den schuldrechtlichen VersAusgl nicht entgegen, verteidigt im übrigen aber den angefochtenen Beschluß.

II.

Die Beschwerde des AGg. ist nur teilweise begründet.

1. Zutreffend ist das AmtsG davon ausgegangen, daß die Voraussetzungen für die **Fälligkeit einer schuldrechtlichen Ausgleichsrente** erfüllt sind. Gemäß § 1587g I S. 2 BGB kann die schuldrechtliche Ausgleichsrente verlangt werden, wenn beide Ehegatten eine Versorgung (i. S. des § 1587 I BGB; vgl. BGH, FamRZ 1988, 936, 937; 2001, 284, 285) erlangt haben. Beide Eheleute beziehen inzwischen sowohl (vorgezogene) Altersrenten der ges. RV als auch Betriebsrenten, also in den VersAusgl fallende Versicherungen für den Fall des Alters (§§ 1587 I, 1587a II Nr. 2 u. 3 BGB). Die ASt. hat auch den zur Durchführung des schuldrechtlichen VersAusgl erforderlichen Antrag (§ 1587f BGB) gestellt. Dieser Antrag brauchte nicht beziffert zu werden (vgl. BGH, FamRZ 1989, 950, 951; 1991, 177, 179).

Entsprechendes gilt auch für die Beschwerde des AGg.

2. Gemäß § 1587g I S. 1 BGB hat der Ehegatte, dessen anzugleichende Versorgung die des anderen übersteigt, dem anderen Ehegatten als Ausgleich eine Geldrente (Ausgleichsrente) i. H. der Hälfte des jeweils übersteigenden Betrags zu entrichten. Dem schuldrechtlichen VersAusgl unterliegt auf seiten des AGg. gemäß § 2 VAHRG sein Anrecht auf Betriebsrente der P. AG allerdings nur, soweit dieses nicht bereits gemäß § 3b I Nr. 1 VAHRG öffentlich-rechtlich durch erweitertes Splitting ausgeglichen worden ist. Das gleiche gilt für das Anrecht der Ast. auf Altersrente aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Dieses Anrecht ist nur teilweise in den öffentlich-rechtlichen VersAusgl einbezogen worden, nämlich hinsichtlich der zum Zeitpunkt der Scheidung bereits unverfallbaren Anwartschaft auf die - nichtdynamische - Versicherungsrente. Dadurch, daß die Ast. bis zum Eintritt des Versorgungsfalles im öffentlichen Dienst beschäftigt war, ist die alternativ bestehende Anwartschaft auf die Versorgungsrente unverfallbar geworden. Die Wertdifferenz zwischen beiden Anrechten ist nunmehr schuldrechtlich auszugleichen. Ein weitergehender öffentlich-rechtlicher Ausgleich - der an sich vorrangig wäre - kommt hinsichtlich der betrieblichen Versorgung beider Parteien nicht in Betracht, weil zum einen kein Antrag nach § 10a I VAHRG auf Abänderung des öffentlich-rechtlichen VersAusgl (mehr) anhängig ist und weil der öffentlich-rechtliche Ausgleich nach wie vor auf den nach § 3b I Nr. 1 VAHRG maßgebenden Höchstbetrag von - auf das Ende der Ehezeit bezogen - 74,20 DM beschränkt ist und dieser Höchstbetrag bereits im Rahmen der Erstentscheidung über den VersAusgl erschöpft wurde. Die beiderseitigen ges. Rentenanswartschaften der Parteien bleiben im schuldrechtlichen VersAusgl ebenfalls außer Betracht. Sie sind bereits in vollem Umfang öffentlich-rechtlich ausgeglichen worden.

3. Gemäß § 1587g II BGB gilt § 1587a BGB für die Ermittlung der schuldrechtlich auszugleichenden Versorgung entsprechend, jedoch sind seit Ehezeitende eingetretene **Änderungen im Wert der Versorgung** sowie der nachträgliche Eintritt von Versorgungsvoraussetzungen - wie z. B. der Unverfallbarkeit einer Versorgung - zusätzlich zu berücksichtigen.

a) Der AGg. erhält von der Versorgungskasse E. VVaG im Auftrage der P. AG eine Betriebsrente i. S. des § 1587a II Nr. 3 BGB. Deren Höhe betrug ab Rentenbeginn (1. 3. 1997) zunächst monatlich 3.515 DM. Ab Oktober 2000 erhöhte sich die Rente auf monatlich 3.639 DM. Diese Anpassung beruhte auf der in § 8 der Versorgungsrichtlinien vorgesehenen - und § 16 BetrAVG entsprechenden - Erhöhung der Versorgungsleistungen in Abhängigkeit vom Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, wobei eine Steigerung um weniger als 3 % innerhalb eines Kalenderjahres zunächst unberücksichtigt bleibt und der Steigerung des Folgejahres zugerechnet wird. Derartige Anpassungen der Versorgung an die Preisentwicklung sind im VersAusgl auch insoweit zu berücksichtigen, als sie nach Ehezeitende wirksam werden

(vgl. BGH, FamRZ 1987, 145, 147; Johannsen/Henrich/Hahne, EheR, 3. Aufl., § 1587g BGB Rz. 17; BGB-RGRK/Wick, 12. Aufl., § 1587g Rz. 21).

Außer Betracht zu lassen sind dagegen im VersAusgl Veränderungen der Versorgung, die keinen Bezug mehr zum ehezeitlichen Erwerb haben, sondern auf einer Veränderung der bei Ehezeitende gegebenen Bemessungsgrundlagen der Versorgung (z. B. Änderung der Lohn- oder Gehaltsgruppe) beruhen (vgl. BGH, FamRZ 1987, 145, 147; 1990, 605, 606; BGB-RGRK/Wick, a.a.O., Rz. 22). Derartige Veränderungen sind aber beim AGg. vom Ehezeitende bis zum Rentenbeginn nicht mehr eingetreten, wie die Versorgungskasse E. dem Senat auf Anfrage mit Schreiben v. 22. 5. 2001 mitgeteilt hat.

Der Ehezeitanteil dieser betrieblichen Altersversorgung ist, nachdem die Betriebszugehörigkeit des AGg. zwischenzeitlich (aufgrund des Ruhestandes) beendet ist, nach § 1587a II Nr. 3 S. 1 b) BGB zu ermitteln (vgl. BGH, FamRZ 1990, 605, 606; 1993, 304, 306; 2000, 89, 90). Die gesamte Betriebszugehörigkeit des AGg. dauerte vom 1. 4. 1962 bis zum 28. 2. 1997, das sind 419 Monate. Auf die Ehezeit vom 1. 2. 1965 bis zum 30. 4. 1993 entfallen davon 339 Monate. Der Ehezeitanteil der Versorgung beträgt somit für die Zeit von März 1997 bis September 2000 monatlich 3.515 DM „x 339 : 419 = 2.843,88 DM und ab Oktober 2000 monatlich 2.639 DM „x 339 : 419 = 2.944,20 DM.

Eine Dynamisierung (Umwertung) dieser Versorgung in ein statisches Anrecht gemäß § 1587a III u. IV BGB ist im schuldrechtlichen VersAusgl nicht erforderlich, weil der tatsächliche Wert der Versorgung konkret festgestellt und der unterschiedlichen Dynamik miteinander zu verrechnender Versorgung

durch laufende Anpassung während der Rentenlaufzeit nach § 1587g II u. III BGB Rechnung getragen werden kann

FamRZ 2002 - Seite 246

(vgl. BGH, FamRZ 1985, 263, 265; 1993, 304, 306; 1997, 285; 2000, 89, 90; MünchKomm/Glockner, BGB, 3. Aufl., § 1587g Rz. 8; Borth, VersAusgl in anwaltschaftlicher und familiengerichtlicher Praxis, 3. Aufl., Rz. 631; Kemnade, FamRZ 1999, 821, 822; a. A. OLG München, FamRZ 1999, 869).

b) Die ASt. bezieht seit dem 1. 8. 1999 von der Versorgungsanstalt der Stadt H. eine unverfallbare Versorgungsrente aufgrund ihrer früheren Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine Betriebsrente i. S. des § 1587a II Nr. 3 BGB. Diese ist grundsätzlich Teil einer sog. Gesamtversorgung, bei der die Rente der ges. RV die Grundversorgung darstellt und die Betriebsrente (Zusatzversorgungsrente) die Differenz zur sog. Gesamtversorgung auffüllt, die sich an der Versorgung der Beamten orientiert. Bleibt die so ermittelte Betriebsrente aber hinter einer Mindestversorgungsrente zurück, die sich nach einem festen Bruchteil der entrichteten Beiträge bemisst, so wird diese Mindestversorgungsrente gezahlt. Dies trifft bei der ASt. zu. Sie erhält seit August 1999 durchgehend eine Mindestversorgungsrente i. H. von monatlich 209,15 DM, weil dieser Betrag die Differenz zwischen der für sie maßgeblichen Gesamtversorgung und ihrer ges. Rente übersteigt. Den Ehezeitanteil dieser Betriebsrente hat die Versorgungsanstalt der Stadt H. zutreffend mit monatlich 147,64 DM errechnet.

4. Gemäß § 1587g I S. 1 BGB ergibt sich eine hälftige Wertdifferenz zwischen den in den schuldrechtlichen VersAusgl fallenden Anrechten der Parteien von monatlich (2.843,88 DM - 147,64 DM = 2.696,24 DM : 2 =) 1.348,12 DM für die Zeit bis September 2000 und von monatlich (2.944,20 DM - 147,64 DM = 2.796,56 DM : 2 =) 1.398,28 DM ab Oktober 2000.

5. Auf diese Ausgleichsbeträge ist jeweils noch der bereits (gemäß § 3b I Nr. 1 VAHRG durch erweitertes Splitting) erfolgte **öffentlich-rechtliche Teilausgleich anzurechnen**. Wie diese Anrechnung durchzuführen ist, ist in Rspr. und Literatur streitig.

a) Nach überwiegender Auffassung ist der **durch erweitertes Splitting ausgeglichene - dynamische - Versorgungswert „rückzudynamisieren“**, d. h. in einen statischen Betrag zurückzurechnen, der sodann von der nach § 1587g I BGB ermittelten Ausgleichsrente in Abzug gebracht werden soll. Soweit nach Ehezeitende zu berücksichtigende tatsächliche oder rechtliche Änderungen eingetreten sind, wird zum Teil auch eine völlige Neuberechnung des zum Zeitpunkt der Erstentscheidung durchgeführten öffentlich-rechtlichen VersAusgl befürwortet, von dem aktualisierten dynamischen Gesamtausgleichsbetrag soll dann der bereits öffentlich-rechtlich ausgeglichene dynamische Teilbetrag wieder abgezogen und **die verbleibende Differenz nach Rückrechnung in einen statischen Betrag in den schuldrechtlichen VersAusgl einbezogen werden**

(vgl. OLG München, FamRZ 1998, 869; MünchKomm/Glockner, a.a.O., § 1587g Rz. 25; BGB-RGRK/Wick, a.a.O., § 1587g Rz. 17 f.; Soergel/Lipp, BGB, 13. Aufl., § 1587g Rz. 13; Johannsen/Henrich/Hahne, a.a.O., § 1587g Rz. 14; Palandt/Brudermüller, BGB, 60. Aufl., § 1587g Rz. 7; Schwab/Hahne, Handbuch des Scheidungsrechts, 4. Aufl., Teil VI Rz. 232; Borth, a.a.O., Rz. 640 ff.; Glockner, FamRZ 1987, 328, 335; Borth, FamRZ 2001, 877, 887 f.).

Der BGH (FamRZ 2000, 89, 90 u. 92) ist dieser Auffassung im Prinzip gefolgt, hat aber zusätzlich zur „Rückdynamisierung“ des nach § 3b I Nr. 1 VAHRG erfolgten Teilausgleichs noch eine Aktualisierung desselben entsprechend der Steigerung des aktuellen Rentenwerts in der ges. RV für notwendig erachtet.

Im vorliegenden Fall ergäbe die Rückdynamisierung des Teilausgleichs einen statischen Wert von (74,20 DM : 42,63 DM = 1,7406 „x 8.691,0250 DM = 15.127,598 DM : 5,4 : 12 =) 233,45 DM. Die schuldrechtliche (Rest-)Ausgleichsrente betrüge daher nach Abzug dieses Betrages ab Juli 1999 monatlich (1.348,12 DM - 233,45 DM =) 1.114,67 DM. Die vom BGH befürwortete zusätzliche Aktualisierung des Teilausgleichsbetrages würde ab Juli 1999 zu einem Wert von (233,45 DM „x 48,29 :

42,63 =) 264,45 DM führen. Setzte man diesen Betrag von der oben ermittelten schuldrechtlichen Ausgleichsrente ab, so verbliebe eine Restausgleichsrente von monatlich 1.083,67 DM.

b) Nach a. A. ist keine „Rückdynamisierung“ des öffentlich-rechtlich erfolgten Teilausgleichs vorzunehmen, sondern dieser **Teilausgleichsbetrag ist mit seinem** (entsprechend der Steigerung des aktuellen Rentenwerts) **aktualisierten dynamischen Wert von der ungekürzten schuldrechtlichen Ausgleichsrente abzuziehen**

(vgl. OLG Karlsruhe, FamRZ 2000, 235, 238; Kernade, FamRZ 2000, 827, 828; Gutdeutsch, FamRZ 2000, 1201, 1203; vgl. auch Bergner, in: Kommentar zum Recht der gesetzlichen Rentenversicherung, SGB, Anhang Nebengesetze - Rechtsversordnungen, Bd. 3, Versorgungsausgleich [Anhang 9.1], § 1587g BGB Rz. 4.4).

Hiernach ergäbe sich ab Juli 1999 ein anzurechnender Teilausgleichsbetrag von (74,20 DM „x 48,29 DM : 42,63 DM =) 84,05 DM und eine schuldrechtliche (Rest-)Ausgleichsrente von monatlich (1.348,12 DM - 84,05 DM =) 1.264,07 DM.

Diese Auffassung führt daher im Ergebnis zu einem deutlich geringeren anzurechnenden Teilausgleichsbetrag und damit zu einer entsprechend höheren schuldrechtlichen Ausgleichsrente. Außerdem ist der anzurechnende Teilausgleichsbetrag bei jeder Änderung des aktuellen Rentenwerts neu festzusetzen, wie im übrigen aber auch nach der oben dargestellten Auffassung des BGH.

c) Beide Auffassungen sind vom gedanklichen Ansatz her geeignet, den Teil der Differenz zwischen den Betriebsrenten beider Ehegatten, der noch nicht öffentlich-rechtlich ausgeglichen worden ist und deshalb dem schuldrechtlichen VersAusgl unterliegt, zu ermitteln. Die h. M. beruht dabei auf der Annahme, daß der Ausgleich der Betriebsrenten i. H. des dynamischen **Teil-Wertausgleichs endgültig erfolgt** ist und der dem schuldrechtlichen VersAusgl unterliegende Rest bereits bei Ehezeitende festlag. Der erfolgte Teilausgleich braucht daher nur einmalig, bezogen auf das Ehezeitende, neu festgestellt zu werden. Lediglich der verbleibende Restausgleich muß gemäß § 1587g II BGB auf den Zeitpunkt der Fälligkeit der Ausgleichsrente sowie auf den Zeitpunkt jeder Änderung im Wert der auszugleichenden Betriebsrente aktualisiert werden.

Hiermit steht allerdings nicht im Einklang, daß der BGH (a.a.O.) eine Aktualisierung des zum Zwecke der Anrechnung bereits rückdynamisierten Teil-Wertausgleichs für erforderlich hält. Diese Berechnungsweise führt zu einer doppelten Berücksichtigung der Dynamik des nach § 3b I Nr. 1 VAHRG ausgeglichenen Versorgungswertes (so zutreffend Gutdeutsch, a.a.O., S. 1202) und ist deshalb auf jeden Fall abzulehnen. Aber auch wenn man von der nicht systemkonformen Aktualisierung des Teilausgleichsbetrages absieht, zwingt die Tatsache, daß - mit Rechtskraftwirkung - ein öffentlich-rechtlicher Teilausgleich der Betriebsrenten stattgefunden hat, nicht zu der Annahme, daß dem schuldrechtlichen VersAusgl nur noch ein feststehender Rest der Betriebsrente des AGg. unterlag. Die rechtlichen Bestimmungen erlauben ebenso die Auslegung, daß die **Höhe der insgesamt auszugleichenden Betriebsrente erst im Rahmen des schuldrechtlichen VersAusgl endgültig bestimmt werden kann** und der öffentlich-rechtliche Teilausgleich mit seinem aktualisierten Betrag auf den Ehezeitanteil der konkret feststehenden Betriebsrente anzurechnen ist.

Der Senat folgt jedenfalls für die vorliegende Fallkonstellation der von der Mindermeinung vertretenen Auffassung. Dafür sprechen folgende Argumente: Mit der Anrechnung des aktualisierten dynamischen Teilausgleichsbetrages wird erreicht, daß

FamRZ 2002 - Seite 247

die ausgleichsberechtigte Ehefrau an der bereits bei Ehezeitende zu erwartenden und anschließend auch tatsächlich eingetretenen Wertsteigerung der Anwartschaft des Ehemannes auf Betriebsrente teilnimmt. Diese Wertsteigerung beruht teilweise auf der Anpassung der Betriebsrente nach § 16 BetrAVG und teilweise auf dem veränderten Zeit/Zeit-Verhältnis für die Errechnung des Ehezeitanteils, das sich aus dem vorzeitigen Ruhestand des AGg. ergibt. Derartige Wertveränderungen sind auch im schuldrechtlichen VersAusgl grundsätzlich zu berücksichtigen. Ferner ist die Anwartschaft auf Betriebsrente im öffentlich-rechtlichen VersAusgl als statisch behandelt und entsprechend umgewertet

worden, obwohl sie aufgrund der Abhängigkeit vom letzten Einkommen und der Anpassungsregelung in § 16 BetrAVG zumindest teildynamisch war. Zwar war die Dynamik im Zeitpunkt der Erstentscheidung noch verfallbar. Die nachträglich realisierte Dynamik ist jedoch im schuldrechtlichen VersAusgl zu erfassen. Es ist nicht angemessen, die insoweit wirksam gewordene Wertsteigerung nur insoweit zu berücksichtigen, als sie auf den noch nicht öffentlich-rechtlich ausgeglichenen Teil der Betriebsrente entfällt

(vgl. zu den unbilligen Ergebnissen, zu denen die h. M. führen kann, auch das Berechnungsbeispiel 2 bei Bergner, a.a.O.).

Für die Einbeziehung des (aktualisierten) Nominalbetrages des öffentlich-rechtlich durchgeführten Teilausgleichs spricht weiter, daß die komplizierte **Rückdynamisierung des Teilausgleichsbetrages entbehrlich** wird. Der VersAusgl wird vielmehr auf den Ehezeitanteil der tatsächlich gezahlten Betriebsrente des AGg. erstreckt. Hierauf wird dann das der ASt. bereits im öffentlich-rechtlichen VersAusgl zum Ausgleich der Betriebsrente des AGg. übertragene Anrecht unter Berücksichtigung seiner zwischenzeitlich tatsächlich eingetretenen Rentensteigerungen angerechnet. Damit wird gewährleistet, daß auf die schuldrechtliche Ausgleichsrente genau derjenige Betrag angerechnet wird, um den die ges. Rente des AGg. gekürzt und diejenige der ASt. erhöht worden ist. Diese Berechnung trägt zugleich zur **Transparenz des Ausgleichs für die Parteien** bei. Der damit verbundene Nachteil, daß die schuldrechtliche Ausgleichsrente nicht nur bei jeder Anpassung einer der beiden Betriebsrenten der Parteien, sondern auch bei jeder Anpassung des aktuellen Rentenwerts, die sich auf die Höhe des anzurechnenden Teilausgleichsbetrages auswirkt, abgeändert werden muß, kann in Kauf genommen werden. Es ist ein Grundprinzip des schuldrechtlichen Ausgleichs, daß jede Änderung eines Postens der Ausgleichsbilanz den Wertunterschied und damit den Ausgleichsanspruch verändert. Andererseits **erspart der schuldrechtliche Ausgleich aber auch eine Umwertung mit Hilfe der BarwertVO**, die aufgrund ihrer veralteten Rechnungsgrundlagen zu nicht mehr zutreffenden Ergebnissen führt und verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist (vgl. dazu insb. Glockner/Gutdeutsch, FamRZ 1999, 896; Klattenhoff, FamRZ 2000, 1257), und ermöglicht die ständige Aktualisierung des Zahlbetrags auf der Grundlage der jeweils tatsächlich fließenden Renten.

d) Nach allem steht der ASt. bis Juni 2000 eine schuldrechtliche Ausgleichsrente von monatlich (1.348,12 DM - 84,05 DM =) 1.264,07 DM zu. Ab Juli 2000 erhöhte sich der anzurechnende Teilausgleichsbetrag aufgrund der Anpassung des aktuellen Rentenwerts auf monatlich (74,20 DM „x 48,58 : 42,63 =) 84,56 DM. Danach reduziert sich die schuldrechtliche Ausgleichsrente auf monatlich (1.348,12 DM - 84,56 DM =) 1.263,56 DM. Ab Oktober 2000 erhöhte sich die Betriebsrente des AGg. Daraus folgt eine Anhebung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente auf monatlich (1.398,28 DM - 84,56 DM =) 1.313,72 DM. Ab Juli 2001 ergeben sich aufgrund der erneuten Anpassung des aktuellen Rentenwerts ein anzurechnender Teilausgleichsbetrag von monatlich (74,20 DM „x 49,51 : 42,63 =) 86,18 DM und eine schuldrechtliche Ausgleichsrente von monatlich (1.398,28 DM - 86,18 DM =) 1.312,10 DM.

6. Grundsätzlich sind im schuldrechtlichen VersAusgl die **Bruttobeträge der auszugleichenden Versorgung** zugrunde zu legen. Soweit jedoch die strikte Durchführung des VersAusgl auf der Grundlage der Bruttobeträge **in Einzelfällen zu unbilligen Ergebnissen** führen würde, weil der ausgleichspflichtige Ehegatte erheblich höhere Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge und/oder Einkommensteuern zu zahlen hat als der Ausgleichsberechtigte, kann dem durch Anwendung der Härteklausele des § 1587h Nr. 1 BGB Rechnung getragen werden (vgl. BGH, FamRZ 1994, 560, 562; OLG Celle, FamRZ 1993, 1328, 1331; RGRK/Wick, a.a.O., Rz. 19).

Im vorliegenden Fall ist eine **Korrektur aus Billigkeitsgründen** geboten. Denn der AGg. hat auf seine beiden Versorgungslösungen den vollen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeitrag zu zahlen. Daran wird sich voraussichtlich auch dann nichts ändern, wenn seine betriebliche Versorgung nunmehr für die an die ASt. zu zahlende schuldrechtliche Ausgleichsrente in Anspruch genommen wird. Denn die Betriebsrente wird dem AGg. weiter in voller Höhe zugerechnet und bleibt damit Bemessungsgrundlage der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Die ASt. ist dagegen bisher nur hinsichtlich ihrer ges. Rente kranken- und pflegeversicherungspflichtig, wie sich aus den vorgelegten Rentenbescheiden ergibt. Weder die Zusatzversorgungsrente noch der vom AGg. bezogene Unterhalt sind bei der Bemessung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der ASt. berücksichtigt worden. Es ist

deshalb derzeit nicht zu erwarten, daß die ASt. in erhöhtem Maße kranken- und pflegeversicherungspflichtig wird, wenn sie - statt des Unterhalts - nunmehr eine schuldrechtliche Ausgleichsrente erhält.

Der Senat hält es bei dieser Sachlage für billig, die schuldrechtliche Ausgleichsrente zu kürzen, und zwar um die fiktiven Teile der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge des AGg., die auf die zum Ausgleich der ehezeitanteiligen Betriebsrente zu zahlende schuldrechtliche Ausgleichsrente entfallen (Kranken- und Pflegeversicherungszuschüsse erhält der AGg. insoweit - anders als hinsichtlich der ges. Rente - nicht). Dies sind, wie sich auf der Grundlage des Schreibens der E.-Betriebskrankenkasse v. 21. 12. 2000 ergibt, in dem die Beitragssätze angegeben sind, bis Juni 2000 monatlich (1.264,07 DM „x 13 % =) 164,33 DM, ab Juli 2000 monatlich (1.263,56 DM „x 13 % =) 164,26 DM, ab Oktober 2000 monatlich (1.313,72 DM „x 13 % =) 170,78 DM, ab Januar 2001 monatlich (1.313,72 DM „x 12,7 % =) 166,84 DM und ab Juli 2001 (1.312,10 DM „x 12,7 % =) 166,64 DM.

Danach verbleibt eine gekürzte schuldrechtliche Ausgleichsrente von monatlich (1.264,07 DM - 164,33 DM =) 1.099,74 DM bis Juni 2000, (1.263,56 DM - 164,26 DM =) 1.099,30 DM ab Juli 2000, (1.313,72 DM - 170,78 DM =) 1.142,94 DM ab Oktober 2000, (1.313,72 DM - 166,84 DM =) 1.146,88 DM ab Januar 2001 und (1.312,10 DM - 166,64 DM =) 1.145,46 DM ab Juli 2001.

Auf diese Beträge wird entsprechend der Vereinbarung der Parteien für die Vergangenheit der vom AGg. gezahlte monatliche Unterhalt anzurechnen sein.

Eine weitere Kürzung der Ausgleichsrente im Hinblick auf die vom AGg. zu zahlenden Steuern kommt dagegen nicht in Betracht. Denn der AGg. hat die Möglichkeit, die zu zahlende Ausgleichsrente gemäß § 10 I Nr. 1a EStG als dauernde Last steuerlich abzusetzen. Die Lohnsteuer würde damit auf einen zu vernachlässigenden Betrag von monatlich rund 20 DM sinken, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer fielen überhaupt nicht mehr an.

7. Zu Recht rügt der AGg., daß das AmtsG der ASt. die Ausgleichsrente bereits ab Juni 1999 zugesprochen hat. Die Fälligkeitsvoraussetzungen sind erst zum 1. 8. 1999 eingetreten, da die ASt. erst ab August 1999 Rente wegen Alters bezogen hat.

Ab August 1999 waren auch zunächst die Voraussetzungen für eine rückwirkende Geltendmachung der Ausgleichsrente nach den §§ 1587k I, 1585b II BGB gegeben. Denn der Antrag der ASt. auf Durchführung des schuldrechtlichen VersAusgl v. 7./18. 6. 1999 ist dem AGg. im Juli

FamRZ 2002 - Seite 248

1999 zugegangen, wie seine Antwort v. 20. 7. 1999 auf das Schreiben des AmtsG v. 22. 6. 1999 zeigt. Der Rechtshängigkeit i. S. des § 1585b II BGB entspricht im FGG-Verfahren, dem der VersAusgl unterliegt, der Zugang der Antragschrift an den AGg. (vgl. OLG Celle, FamRZ 1993, 1328, 1331). Die ASt. hat ihren Antrag jedoch dann mit Schreiben v. 22. 10. 1999 zurückgenommen. Ihre Äußerung, sie ziehe ihren Antrag zurück, ist als Rücknahme des Antrags auszulegen, die mit Eingang bei Gericht am 27. 10. 1999 wirksam geworden ist. Die am gleichen Tage, aber nach Eingang des Schreibens telefonisch geäußerte Bitte der ASt., das Schreiben v. 22. 10. 1999 „nicht zu beachten“, konnte die Wirkungen der Antragsrücknahme nicht beseitigen. Der erneute Antrag der ASt. auf Durchführung des schuldrechtlichen VersAusgl v. 2. 11. 1999 ist dem AGg. erst gemäß richterlicher Verfügung v. 8. 11. 1999 zugesandt worden, so daß die für die Geltendmachung rückständiger Ausgleichsrentenbeträge maßgebliche Rechtshängigkeit erst im November 1999 eingetreten ist. Folglich kann der ASt. die Ausgleichsrente auch erst ab diesem Monat zuerkannt werden. Eine frühere Inanspruchnahme des AGg. kommt auch nicht unter dem rechtlichen Gesichtspunkt des Verzuges in Betracht. Denn die erste Antragschrift v. 7./18. 6. 1999 ist dem AGg. zwar im Juli 1999 zugegangen, konnte ihn aber nicht in Verzug setzen, weil der Anspruch auf Ausgleichsrente zu dieser Zeit noch nicht fällig war (§ 284 I S. 1 i. V. mit §§ 1587k I, 1585b II BGB).

(Mitgeteilt von Vors. Richter am OLG H. Wick, Celle)

Anm. d. Red.: Nach Mitteilung des Einsenders ist die weitere Beschwerde zum BGH eingelegt worden (XII ZB 191/01).

Fundstelle:

FamRZ 2002, 244

Schlagworte:

Ausgleichsbetrag, Billigkeit, Höchstbetrag, Rente, VersAusgl, Versorgungsausgleich